

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der zeitliche Worte und Bild.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechsgelbstene 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; auswärts 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Druckkosten und Verlegung aus geschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt am Main Nr. 2071.

Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 19.

Sonntag, den 16. März 1924

17 Jahrgang.

Und willst du zur lockenden Fremde gehn,
Sehnlichst ein Glück Dir erlangen,
Woh in der Fremde Dein Deutschtum sehn,
Und Du wirst Dir Achtung erzwingen,
Nicht Hochmut und Dünkel, nein, schlichten Stolz
Sind wir auch zerstückelt und zerrieben,
Nur das sind Helden von echtem Stolz,
Wenn Sie die Heimat lieben!

Wer braucht Sicherheit?

Das Versailles Diktat ist mit außerordentlicher Geissenheit daraufhin angelegt, daß es in doppelter Hinsicht niemals erfüllt werden kann: Wenn Deutschland leistet, was es zu einem bestimmten Zeitpunkt an Geld schuldig ist, so bleibt eine Restforderung an Sicherheit, und wenn Deutschland zu einem bestimmten Zeitpunkt alles erfüllt hat, was Frankreich zu seiner Sicherheit vertragsmäßig fordern konnte, so bleibt eine Restforderung an Geld. Indem so Frankreich zu jeder Zeit immer eines von Deutschland zu fordern hätte, einander mehr Sicherheit oder mehr Geld, sollte ihm die Möglichkeit gegeben werden, das um 50 Proz. stärker benötigte Nachbarland beliebig zu drangalieren, seine Erholung von den unerhörten Leiden der Kriegszeit zu hintertreiben, ein allmähliches Absterben seiner Bevölkerung zu erzwingen.

Das Hebelwerk des infamsten Marterwerkzeuges, das seit Jahrhunderten im Geiste der Menschheit existiert, ist die Gier nach Geld. In Paris drückte man ja nach Bedarf die beiden Knöpfe „Geld“ und „Sicherheit“ und ließ durch diese einfache Handbewegung alle Puppen tanzen. Das alles ging sehr gut, und auf eine der Forderungen fiel der dazu gehörige englische Ministerpräsident unsehbar hin, entweder auf „Geld“ oder auf „Sicherheit“, oder auf beide. Da begibt Poincaré, sicher gemacht durch die spielende Leichtigkeit, womit der englische Verbündete sich jederzeit einwickeln ließ, die entscheidende Dummheit: er erklärte, er werde das Geld, das Deutschlands über Willen zu zahlen sich weigere, selbst holen. Er belegte das Ruhrgebiet, ruinierte erfolgreich Deutschlands entwickeltestes Wirtschaftsgebiet, fand aber nicht, was zu suchen er gekommen war: das Geld, das die bösen Deutschen angeblich im Überfluß hatten und nur nicht herauswerfen wollten. Und nun trat der Rückschlag ein, der ungewöhnliche Schwindel, der in Frankreich mit dem Wiederaufbau getrieben worden war, die Überpannung aller militärischen Ausgaben, die Unmöglichkeit, sie durch organisierten Raub und Diebstahl im verarmten Deutschland zu decken, die Notwendigkeit immer neuer innerer Anleihen erschlitterte den Kredit des Franthen demmaßen, daß er beängstigend ins Gleiten kam.

Und der arme Poincaré durfte doch zum ersten Male nicht nach „Geld“ schreien und den bösen Willen Deutschlands für alle Schwierigkeiten verantwortlich machen! Denn das hätte ja geheißen, offen eingestehen, daß sein Verfahren, sich das Geld selbst zu holen, bankrott gemacht habe! Das hätte ja geheißen, denen recht zu geben, die ihn von Anfang an gewarnt hatten: mit Gewalt werde sich das Problem der deutschen Zahlungen ganz und gar nicht lösen lassen, Gewalt werde die offensichtliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands nur noch steigern. Also das ging nicht, den Weg hatte der Biedermann sich selbst verbaut, und so blieb ihm gar nichts anders übrig, als wieder die andere Walze anzusetzen und das alte Lied von Frankreichs mangelnder „Sicherheit“ zu plärren. Auf einem englischen Ministerpräsidenten, der sagte Poincaré sich nicht mit Unrecht, der auf Grund seines Parteiprogramms verpflichtet sei, für Abrüstung und Wiederaufbau zu schwärmen, wurde das Lied von der mangelnden Sicherheit noch am ehesten Eindruck machen. Auch ein Kamlay Macdonald werde, wenn in Sachen der Abrüstung etwas getan werden müsse, wohl lieber im entworfenen Deutschland damit anfangen, als — bei der englischen Flotte!

So viel hat der alte Schläumeier mit seinem Geschrei über Frankreichs mangelnde Sicherheit ja nun schon erreicht, daß sich das sozialistische englische Ministerium mit ein bißchen vertragswidriger Fortsetzung der Militärkontrolle über Deutschland einverstanden erklärt hat. Kamlay Macdonald hat sich damit vor dem Teil der öffentlichen Meinung der Welt, für den er eine Hoffnung war, erkaufen bloßgestellt, und das ist ein Erfolg, den Poincaré im stillen Kämmerlein kaum nicht gering einschätzt. Sonst fräulich ist der Erfolg seines Gebühdes, das die Schutzbedürftigkeit des schwerbewaffneten Frankreichs gegenüber dem waffenlosen Deutschland nachweisen soll, nicht allzu groß gewesen. Man hat

noch nicht vergessen, woran der Bürgschaftsvertrag zwischen England und Frankreich, gegenüber Deutschland, gezeichnet ist: Frankreich wollte sich nicht dabei begnügen, seine eigene Disziplin dadurch geschützt zu erhalten, es verlangte Ausdehnung der Bürgschaft auch auf die polnische Westgrenze. England sollte sich nicht nur für die Sicherheit des schwerbewaffneten Frankreichs, es sollte sich auch für die Sicherheit des vom französischen Militarismus überreich ausgestatteten Schutzstaates Polen verbürgen. Das Risiko einer so ausgedehnten Bürgschaft ist der englischen Politik denn doch ein wenig zu groß gewesen, vermutlich weniger aus Rücksicht auf das entwarfene Deutschland, als aus Rücksicht auf Rußland. Sowjet-Rußland hätte eine so herausfordernde Beschützerrolle, die England über den französischen Basallenstaat Polen übernommen hätte, wahrscheinlich sehr unangenehm empfunden, und Sowjet-Rußland kann dem Britischen Reich immerhin auch noch an anderen und empfindlicheren Stellen unbequem werden, als in Mitteleuropa.

Das ist der Grund, weshalb aus der englischen Bürgschaft für die französische „Sicherheit“ nichts geworden ist. Und auch in Zukunft wohl nichts werden wird, wenn Frankreich dabei beharrt, Sicherheit nicht nur für seine Grenzen, sondern für das ganze System seiner militärischen Vorherrschaft über West- und Mitteleuropa zu verlangen. Das weiß man in Frankreich natürlich auch ganz gut. Hier wird eben Komödie gespielt, nach dem stillen Übereinkommen, daß alle Mitspieler einander todbis zu nehmen haben. Wäre das nicht der Fall, so könnte ja nur ein allgemeines europäisches Gelächter die Antwort auf Frankreichs Klagen über „seine mangelnde Sicherheit“ sein. Oder vielleicht auch der ernste Hinweis darauf, daß ein Mittel, Deutschland gegenüber, „Sicherheit“ zu erlangen, bisher noch unverfügt gelassen habe: Deutschland ehrlich, anständig und vertragsmäßig zu behandeln.

In der Tat, wenn jemand das Recht hat, Sicherheit für sich zu fordern, so ist das doch nicht Frankreich, das gemeinsam mit seinem belgischen Spießgesellen deutsches Land vertragswidrig befehligt, sondern Deutschland, das unter den Folgen dieses vertragswidrigen Einbruchs schwer leidet. Wenn wir jetzt unsere Kraft auf äußerste Anspannung stellen, um unbillige Reparationsforderungen zu erfüllen — soweit sie allenfalls noch erfüllbar sind — dann wäre das doch ein Wahnsinn, ohne die Sicherheit dafür, daß wir damit gegen eine Wiederholung des Einbruchs geschützt sind. Wir wären doch noch größere Narren, als wir bei Unterzeichnung des Versailles Diktats gewesen sind, wenn wir jetzt, zur Erfüllung dieses Diktats, arbeiten wollten, das uns das Blut unter den Nägeln herausprüht, immer in der Erwartung: wenn Frankreich glaube, genug aus uns herausgepreßt zu haben, werde es unsere Wirtschaft mal wieder in Trümmer schlagen!

Darüber sollte die deutsche Regierung, wenn die Entscheidung auf sie herantritt, keinen Zweifel lassen: Daß sie dem Volke die ungeheuren Leistungen, die von ihm gefordert werden, nur zumuten kann, wenn Sicherheit gegen einen feindlichen Überfall mitten im Frieden, wie der Ruhrbruch einer war, damit verbunden ist. Wir sind es, die Sicherheit brauchen, wenn wir arbeiten sollen, was man von uns verlangen wird. Und was man von uns fordern wird, das wird zweifellos so ungeheuerlich sein, daß keine Regierung diese Leistungen erzwingen kann, wenn sie nicht in der Lage ist, dem deutschen Staatsbürger wenigstens innerhalb der deutschen Grenzen Schutz gegen Vergewaltigung durch den französischen Militarismus zu sichern. In der Festlegung dieser selbstverständlichen deutschen Vorbedingung für jede vernünftige Lösung des Reparationsproblems sollte man vernünftigeres nur nicht zu schüchtern sein, damit es nicht hinterher peinliche Überraschungen gibt.

Politik

Große Erdölfunde bei Hannover.

Berlin, den 14. März. Einer Tochtergesellschaft der Deutschen Erdöl-W.G. ist es gelungen, bei Celle in Hannover eine Erdölquelle zu erschöpfen, die eine für deutsche Begriffe sensationelle Ergiebigkeit zeigt. Die Produktion der Bohrung ist nach den bisherigen Sondierungen größer, als die gesamte übrige deutsche Produktion. Trotzdem zur Sicherung der Produktion die Bohrung stark gedrosselt ist und nicht im vollen Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit, die sich ein Mehrfaches ihrer augenblicklichen Produktion zu schätzen ist, produzieren kann, wird die tägliche Ausbeute mit 300 000 Liter angenommen. Das Öl wird unter großem Druck weit über das obere Ende der Bohrung umfassenden Röhren in mannshohem Strahl hinausgeschleudert und hat in den zwei Tagen, seitdem die

Sonde produziert, bereits einen See innerhalb der in großer Hast aufgeworfenen Staudämme gebildet. Das Öl stammt aus einer Tiefe von 750 Metern, aus der in Deutschland eine Produktion bisher nicht gewonnen wurde.

Der amerikanische Dollarkredit für Frankreich.

London, den 14. März. Die Meldungen über die Gewährung eines bedeutenden amerikanischen Kredites an Frankreich finden ihre Bestätigung. Ein unter Führung Biermont Morgans stehendes amerikanisches Konsortium hat der Bank von Frankreich einen Kredit von 100 Millionen Dollar eingeräumt gegen leistung bzw. neunzig Tage Verfallzeit. Die französische Regierung hat sich verpflichtet, mit Hilfe dieses Kredites die Währung zu stabilisieren, neue Steuern in Kraft zu setzen, ein Programm der strengsten Sparsamkeit durchzuführen und feinerlei neue Verpflichtungen einzugehen.

Die Niedriggelagenheit über den Frankfurter hat einen starken Jubel über die englisch-amerikanische Finanzhilfe Platz gemacht. Die Blätter sprechen von der Finanzschlacht vor Verdun. Nur wenige Organe greifen über das Tagesproblem hinaus, indem sie, wie die „Journale Industrielle“ erklären, daß es lediglich von der französischen Politik abhängt, ob die Stützungsaktion zu einem dauernden Erfolge führen werde.

Der Abschluß der Besprechungen Dr. Schacht's.

Paris, den 14. März. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird im Anschluß an seine Erklärungen vor dem Sachverständigenausschuß über Detailfragen zur Errichtung der Goldnotenbank in Paris abreisen. Seine Pariser Verhandlungen sind damit endgültig abgeschlossen. Die von den Sachverständigen zur Abfassung des Berichtes eingeleitete Redaktionskommission, der der Generalsekretär der Reparationskommission Fayden beigegeben, ist will den Bericht bis zum 22. März fertigstellen. Als aller spätesten Termin für die Fertigstellung kam der 24. März in Frage.

Die letzte Sitzung des deutschen Reichstages.

Die Donnerstagsitzung.

411. Sitzung.
Am Regierungsjubiläum Finanzminister Dr. Luther. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr.

Die Goldbistontbank.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes über die deutsche Goldbistontbank.

Abg. Dr. Rieher (D. Zpt.), berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der der Vorlage im wesentlichen zugestimmt hat, nur § 14, der eine Amnestie für die Zeichner von Aktien der deutschen Goldbistontbank vorsieht, soweit sie sich gegen die Kapitalfluchtgesetzgebung vergangen hatten, ist gestrichen worden.

Reichswirtschaftsminister Hamm weist nochmals darauf hin, daß es sich nicht um eine Währungsbank handle, sondern um eine Kredit- und Diskontobank, deren Tätigkeit der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zugute kommen soll. Wer die Rentenmarkt schützen will, muß

Die Goldbistontbank willkommen heißen.

Abg. Helfferich (Dnatl.) beantragt, im § 1 die Bestimmung zu streichen, daß die Bank die Befugnis hat, auf Pfund Sterling laufende Noten bis zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling auszugeben. Ferner soll nach dem Antrag Helfferich die Sitzung der Reichsbank der Gesetzgebung der Reichsregierung unterliegen.

Abg. Dernburg (Dem.): Wir nehmen die Vorlage nach den Ausschuhorschlägen an, wenn wir auch lieber gesehen hätten, daß der Amnestieparagraf bestehen geblieben wäre. Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.) stimmt der Vorlage zu, die auch den Interessen der Arbeiter gerecht wird.

Abg. Schlad (Zentr.) hebt hervor, daß die Noten der Bank eine Verwertung des Devisenbestandes in Deutschland bedeuten, damit werde zugleich die Rentenmarkt gehalten. Abg. Frölich (Komm.) bekämpft die Vorlage.

Die Abstimmung.

Nummer wird unter Ablehnung der Anträge Helfferichs die Vorlage nach den Ausschuhbeschüssen angenommen. Die Wiederherstellung des Amnestieparagrafen wird abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Goldbistontbank wird dann in dritter Lesung gegen die Deutschnationalen und die Kommunisten angenommen, ebenso die entsprechende Änderung des Bankgesetzes. In der Schlußabstimmung wird in dritter Lesung das Reichsfinanzgesetz mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen, ebenfalls in der Schlußabstimmung wird auch der Noteetat in dritter Lesung angenommen.

Aufwandsentschädigung und Freikarten.

Es folgt die erste und zweite Beratung des von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, von den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Antrages, wonach

1. für die Zeit nach der Auflösung bis zu den Neuwahlen der Präsident und sein Stellvertreter sowie die Mitglieder der Ständigen, in der Verfassung eingelegten Ausschüsse des Reichstages (Auswärtiger Ausschuß und Überwachungsausschuß) die Aufwandsentschädigung weiter beziehen,
2. sollen sämtliche Mitglieder des Reichstages bis zum Tage der Neuwahl die Eisenbahn-Freikarten erhalten.

Abg. von Graefe (Deutschvolklich): Bei den ungeheuer wichtigen Entscheidungen, die in nächster Zeit bevorstehen, kann die Regierung allein die Verantwortung unmöglich tragen. Es müßte daher die Möglichkeit einer Tagung der Volkserretzung auch nach der Auflösung erhalten bleiben. (Beifall.)

Der Gesetzentwurf wird mit sehr großer Mehrheit in allen seinen Teilen angenommen. Reichstanzler Dr. Marx erhebt im Saal e. Ein von der Bayerischen Volkspartei eingebrachter Gesetzentwurf, die Wahlen zum Reichstag am Samstag, den 12. April stattfinden zu lassen und diesen Tag für einen öffentlichen Ruhetag zu erklären, für welchen alle Löhne, Gehälter usw. fortgelassen werden müßten, wird abgelehnt. Angenommen wird ohne Aussprache der Antrag der Mittelparteien auf Einschränkung der Wahlverfahren während der Osterzeit.

Der Präsident ruft dann den nächsten Punkt der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Beratung über die Interpellationen und die Anträge zu den Steuernotverordnungen. Hierzu gibt er sogleich das Wort dem Reichstanzler.

Die Auflösungsrede des Kanzlers:

Meine Damen und Herren! In meiner Rede vom 26. Februar habe ich Ihnen über die Absichten und Ziele der Regierung durchaus klare und eindeutige Angaben gemacht. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich bei der ungemessen schwierigen Lage in Staat und Wirtschaft für Regierung und Volkserretreter zurzeit nur darum handeln könne,

das Leben der Nation zu retten.

Dazu ist uns das Ermächtigungsgesetz vom Reichstage gegeben worden, und im Dienste dieses hohen Zieles hat die Reichsregierung die ihr erteilten Vollmachten ausgiebig und in der Weise ausgenutzt, daß die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen ein einheitliches Ganzes darstellen, aus denen ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls die Ermächtigung geleistet dreifachen Zieles: Der Erhaltung der Währung durch Vermeidung neuer Inflation, der Angliederung der Wirtschaft und der Ausgleichung des Reichshaushalts,

sein wichtiger Teil herausgehoben werden kann.

Die tief einschneidenden Maßnahmen der Regierung bildeten den Gegenstand wochenlangender Erörterungen in diesem Hause und sind hier von den zuständigen Ressortministern eingehend begründet worden. Dabei wurde im einzelnen dargelegt, daß eine ganze Reihe dieser Verordnungen nur in der gegenwärtigen besonderen Lage begründet erscheint, daß sie eine Folgeerscheinung darstellen, die unbedingt einer anderen ordentlichen Gesetzgebung Platz machen muß. Daß soll auch geschehen, sobald die gegenwärtige Krise überwunden und sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gesestigt hat.

Bis dahin muß aber alles daran gesetzt werden und dabei bleibe ich, daß das Werk der Gesundung nicht gefährdet wird.

Dessen ungeachtet sind seitens verschiedener Parteien zahlreiche Anträge zwecks Aufhebung oder Abänderung von Verordnungen gestellt worden und die Oppositionsparteien von Behörden bei ihrem Entschluß, ihre Anträge entweder sofort oder im Plenum des Reichstages zur Abstimmung zu bringen, oder sie in den Ausschüssen zur Beratung zu stellen. Das eine wie das andere, erachtet die Reichsregierung zur Zeit als unerträglich und nur geeignet, die mühsam zustande gekommene Festigung unserer inneren Verhältnisse

erneut zu erschüttern.

Dabei ist die Regierung der Überzeugung, daß gerade die ihrer Natur nach langwierigen und in ihrem Verlaufe nicht voraussehbaren Verhandlungen in den Ausschüssen erneut Unsicherheit in Finanz, Recht und Wirtschaft bringen müssen. Der ungeminderte und rechtzeitige Eingang der Steuern, auf dem der Bestand des Reichs gerade jetzt beruht, ist nicht gewährleistet, wenn die Abänderung der Steuernotverordnungen durch die Verhandlungen im Ausschuß auch nur in dem Bereiche der Möglichkeit gerückt wird. Die Regierung muß deshalb verlangen, daß jede Einzelberatung über die Anträge im Plenum unbedingt vermieden wird.

Angesichts dieser Sachlage kann die Regierung eine weitere Verhandlung der nach ihrer Auffassung für das Volk lebenswichtigen Fragen hier nicht mehr zulassen.

Sie hält sich vielmehr für verpflichtet, die Entscheidung des Volkes selbst anzurufen. Das deutsche Volk muß sich jetzt entscheiden, ob es den Weg ernster Verantwortlichkeit weitergehen will, zu dem Ziele, unsere bedrückten Brüder an Rhein, Ruhr und Saar wieder mit uns zu vereinen und Deutschland freizumachen, oder ob es sich an haltlosen Versprechungen und billigen Schlagwörtern berufen und sich in Zwietracht zerreißen und sich in daß Vergehen will.

Der Reichstanzler verliest die Auflösungsurkunde.

Reichstanzler Dr. Marx (fortfahrend): Die Regierung hat deshalb beim Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages gestellt. Der Reichspräsident hat den Antrag durch folgende Verordnung entprochen, die ich die Ehre gehabt habe, dem hohen Hause zu verlesen:

„Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt 1, S. 943 und 1179) ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zurzeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“

Berlin, den 13. März 1924.

gez.: Der Reichspräsident Ebert.

Gegengezeichnet: Der Reichstanzler Marx.

Die Kanzlerrede wurde von den Kommunisten dauernd durch Zwischenrufe unterbrochen. Bei der Verlesung der Auflösungsurkunde riefen die Kommunisten: „Wir, Fritz, von Gottes Gnaden.“

Präsident Lobe erklärte nach Verlesung der Auflösungsurkunde, daß damit die Aufgabe des Reichstages abgeschlossen sei.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) würdigte unter dem Beifall des Hauses die objektive Amtsführung des Präsidenten Lobe.

Präsident Lobe dankte dafür und sprach den Wunsch aus, daß das deutsche Volk bei den Wahlen ungehindert durch äußere oder innere Gewalt frei seinem Willen Ausdruck geben könne.

Der Präsident schloß den Reichstag mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik.

Um einhalb 4 Uhr war die Sitzung beendet.

Die Zusammensetzung des aufgelösten Reichstages.

Der jetzt aufgelöste Reichstag verteilte sich auf 459 Sitze auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Deutschnationale Volkspartei 67 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche demokratische Partei 39, Zentrum 65 und 3 Hospitanten, Vereinigte Sozialdemokratische Partei 173, Bayerische Volkspartei 19 und 1 Hospitant, Kommunistische Partei 13 und 2 Hospitanten, ferner Bayerischer Bauernbund 3 Mitglieder, Deutschpolitische Freipartei 3, Deutsch-hannoversche Partei 2, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 2, bei keiner Fraktion 1 (Geizier).

Der Auswärtige Ausschuß.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Bekanntlich ist beschlossen worden, bis zur Neuwahl des Reichstages einen ständigen Ausschuß des Reichstages einzusetzen, der auf Grund der Reichsverfassung bei eintretenden wichtigen Ereignissen von der Regierung emberufen werden muß und dessen Zustimmung zu allen wichtigen Regierungsentscheidungen notwendig ist. Außerdem wird aber, wie wir hören, auch der Auswärtige Ausschuß, der nach Artikel 25 der Reichsverfassung weiter bestehen kann, in ständiger Bereitschaft bleiben, um über die wichtigen außenpolitischen Fragen mit der Regierung zu verhandeln. Wie es heißt, soll der Auswärtige Ausschuß noch Ende März eine Sitzung abhalten.

Die Versammlung S- und Pressefreiheit.

Der parlamentarische Mitarbeiter des „Berliner Presse-Dienstes“ erfährt:

Im Reichsministerium des Innern finden gegenwärtig Verhandlungen über die Sicherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit im ganzen Reich statt. Das Reichsministerium des Innern hat auch mit der Bayerischen Regierung Verhandlung eingeleitet, um von ihr die Gewährleistung aller versammlungsrechtlichen Freiheiten für den Wahlkampf zu erlangen. Gleichzeitig ist eine Mitteilung an die zuständigen Behörden herausgegeben worden, in der darauf hingewiesen wird, daß öffentliche Versammlungen und die Wahlagitatorien keinerlei Einschränkungen unterliegen. Lediglich solche Versammlungen, die eine Gefährdung der Staatssicherheit bedeuten, sollen die Behörden zum Einschreiten veranlassen.

Schwerer Zusammenstoß Hitler-Losow.

Die Müdigkeit, die im Prozeß gegen Hitler und General Ludendorff allmählich auf allen Seiten in Erscheinung tritt und getrieben zur Einlegung eines freien Nachmittags führte, ist gewichen. Ein Zusammenstoß zwischen Hitler und General von Losow, wie er auch in diesem sensationellen Wendungen nicht gerade armen Prozeß bisher nicht zu verzeichnen war, hat die Gemüter neu aufgeheizt.

Kurz vor Schluß der heutigen Vormittagsitzung, der der Vernehmung Losow galt, richtete Hitler an Losow die Frage, ob auch er der Ansicht sei, daß Hitler seine Zulage, sich neutral zu verhalten, gebrochen habe. Weiter fragte er, ob Seiffers sich im Bürgerbräu nicht zu Unrecht über den Unfall beschwert habe. General Losow erwiderte sehr deutlich: „Als Offizier stehe ich auf dem Standpunkt, daß Herr Seiffers über den seigen, hinterlistigen Überfall mit Recht beschwerte. Hitler fährt auf: „Ich betone, daß ich gegen die drei Herren nicht feindselig vorgegangen bin. Es handelte sich im Bürgerbräu nur um Ausführung eines längst beprochenen Planes. Wer bin ich denn gewesen, Herr General von Losow, der sentimentale oder brutale Hitler? General Losow gleichfalls Hitler: „Wenn Sie mich fragen, lo antworte ich Ihnen: Das war der Hitler mit dem schlechten Gewissen. Hitler antwortete in höchster Erregung: „Wenn Sie mir das zu sagen wagen, dann behaupte ich: Der einzige Mensch, der sein Ehrenwort vom 1. Mai gebrochen hat, ist nicht Hitler sondern der General von Losow gewesen. (Große Bewegung) General v. Losow befindet sich sichtlich in größter Erregung, beherrscht sich nur mühsam, macht schließlich eine kurze Wendung und verläßt ohne ein Wort den Saal. Der Vorfall greift ein: Herr Hitler, das ist ein geradezu unglaubliches Benehmen, das Sie hier an den Tag legen. Ich rüge das in der entschiedensten Weise. Dann sieht sich der Verhandlungsleiter gezwungen, eine Pause von zwei Stunden einzulegen, um einen ruhigeren Fortgang der Verhandlungen zu gewährleisten.“

Die Jagd auf die kommunistischen Abgeordneten.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Bekanntlich ist ein großer Teil der kommunistischen Reichstagsfraktion in verschiedene Verfahren wegen Landes- oder Hochverrat verwickelt. Die Anträge auf Aufhebung der Immunität dieser Abgeordneten sind bisher vom Reichstage stets abgelehnt worden, jedoch eine Strafverfolgung nicht stattfinden konnte. Nachdem der Reichstag aufgelöst und die Immunität der Abgeordneten erloschen ist, verucht die Polizei, der angeklagten Abgeordneten habhaft zu werden. Am Donnerstag gelang es den Abgeordneten jedoch, trotz der star-

ten Bewachung des Reichstagsgebäudes zu entkommen und man nimmt an, daß die betreffenden Abgeordneten verhaftet werden, bis zum Zusammenritt des neuen Reichstages die russische Grenze entkommen, um sich der Haft und Strafverfolgungen zu entziehen. Nach altem Brauch in kommunistischen Partei kann es, trotzdem ein Teil der Abgeordneten der kommunistischen Rechte angehort als sicher gelten, daß alle Abgeordneten, gegen die ein Strafverfahren schwebt, an ausrichtreicher Stelle wieder aufgestellt werden, sobald mit ihrer Wiederwahl sicher zu rechnen ist. Die politische Polizei hat deshalb Anweisung erhalten, in der nächsten die russische Grenze scharf zu überwachen und mit der Einleitung von Passagen nach dem Auslande vorsichtig zu sein. Die Abgeordneten werden im übrigen eine statliche Anzahl von Reichstagen entenden, mit dem Auftrag, in der Weise, wie im Preussischen Landtag schon vielfach der Fall war, die parlamentarischen Arbeiten zu fördern und das Parlament als Schauplatz von kommunistischen Tumulten zu machen.

Letzte Depeschen

Berlin. Dem Sozialanzeiger zufolge dürften die preussischen Gemeindevorstände, die wie die Reichstagswahlen am 9. Mai angeht sind, verschoben werden.

Paris. Wie wir zu dem Unterdrückungsverfahren in der Affäre Turmann-Graedel wegen des Mordplanes gegen General von Seest erfahren liegen Nummer die ersten Gutachten über die beiden Beschuldigten vor. Sie werden im durchaus zurechnungsfähig und daher vollverantwortlich der Strafammer des Landesgerichts 1 Berlin (Kassationsinstanz) prozess ist große politische Bedeutung beizumessen. Der General von Seest sei nur als Einzelhandlung eines Mordplanes gebacht gewesen, über die auch mit Seest Verhandlungen gepflogen worden seien.

Paris. Der Bankenausschuss hat seine Arbeiten über die Emmissionsbank beinahe beendet. 2-3 Punkte werden vielleicht eine weitere Anhörung Dr. Schaafs in der nächsten Woche notwendig machen. Das Komitee Daves hat sich gestern nachmittag mit den Budgetfragen beschäftigt.

Paris. Im Senat erklärte Poincare am Freitag, daß die Neuwahlen zum Parlament vor Ende Mai stattfinden würden.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 11. März 1924.

§ Kalte Märzage. Schneereiche und sehr kalte Märzmonate nun mag gerade selten in der Wetterchronik und diese Chronik geht weit zurück. Den letzten grimmig kalten März hat das Jahr 1900 aufzuweisen. 1883, 1885 und 1888 sind in gleicher Weise vorangegangen. 1840 und 1826 war die Durchschnittstemperatur des März tiefer als die des Januar. Von schneereichen und sehr kalten Märzmonaten berichtet ferner die Wetterchronik des 18. Jahrhunderts. Man hat von von jeder jeden Witterungsumschlag in Amerika — gleichviel ob es Hitze- oder Kältezeiten waren — als vorbestimmend für die Temperatur in Europa bezeichnet. Wenn nun diese Annahme wirklich zurechnend sein sollte, so erwartet uns jetzt wenigstens eine Hoffnung auf den Frühling, denn am Sonntag trat in Neuyork eine auffallende Witterungsveränderung ein: Die Temperatur ist ziemlich plötzlich auf 45 Grad Fahrenheit über Null (das heißt 6 Grad Reaumur Wärme) gestiegen. Warten wir also ruhig ab — es muß auch bei uns Frühling werden.

§ Silberne Hochzeit. Am 18. März feiern 2 Ehepaare unserer Stadt und zwar Herr Schmiedemeister Georg Amierim und Frau, sowie Herr Weichensteller Martin Werner und Frau die Silberne Hochzeit. Wir bringen den Silberpaaren die herzlichsten Glückwünsche dar.

§ Die Reichsbanknoten über 10 und 100 Billionen werden am 20. März außerufen. Vier Wochen später werden sie ungültig.

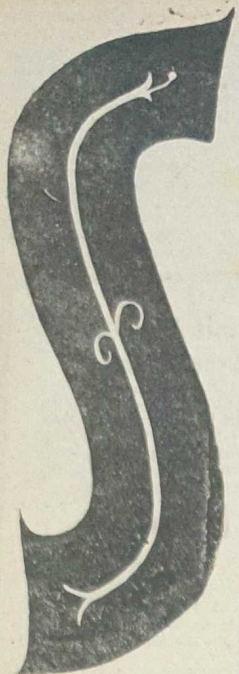
§ Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt bis auf weiteres zum 400 Milliardenfachen Wert der Vorkaufspreise. Über den Ankaufspreis für Gold erteilen sämtliche Reichsbankstellen bereitwillig Auskunft.

§ Fristverlängerung für die Einlösung der preussischen Notgeldscheine. Infolge der großen Anzahl der eingehenden Anträge auf nachträgliche Einlösung der Notgeldscheine des preussischen Reiches über 420 und 210 Goldmark, ist der Finanzminister bereit, diese Schemata ausnahmsweise noch bis zum 19. März einschließend einzulösen, jedoch nur bei der Notgeldstelle des preussischen Finanzministeriums, Berlin SW. 68 Drientstraße 106 bis 109. Die Einlösung der Notgeldscheine 1,05 und 0,42 Goldmark erfolgt auch weiterhin bei den Regierungshauptplätzen und den staatlichen Kreisstellen. Auch für diese Schemata endet die Einlösung mit dem 19. März. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Notgeldstelle nur das von den Freistaat Preußen ausgegebene Notgeld einlöst, nicht auch solches von Städten und Kreisen.

§ Einkommensteuerauszahlungen für Handwerker. Nach den § 5 der 2. Steuernotverordnung beträgt der Satz für die Vorauszahlung zur Einkommensteuer 2 Proz. des Umsatzes abzüglich der Löhne und Gehälter. Gegen diese 2 Proz. sind starke Bedenken geltend gemacht worden. Es ist deshalb auch schon für mehrer Berufe eine andere Regelung vorgenommen worden. Auch das Handwerk hat bei dem Reichsfinanzministerium einen anderen Prozentsatz beantragt. In diesen Tagen finden nun hierüber in Berlin Verhandlungen statt. Wenn diese Verhandlungen zum Abschluß führen, so können die ermäßigten Sätze schon für die Vorauszahlungen für den Monat Februar Geltung erlangen, denn für diese am 10. März fällig Zahlung besteht ja eine siebenstägige Schonfrist, so daß der 17. März der letzte Zahlungstag wäre. Es empfiehlt sich deshalb für die, die monatliche Vorauszahlungen zu leisten haben, bis zum 17. März mit der Zahlung zu warten.

S O N D E R A N G E B O T

FÜR DEN FRÜHJAHRSBEDARF



Damen-Mäntel aus gutem Covercoatstoff, modernes Façon . . . nur **1950**
Gabardine-Mäntel in vielen Farben, la. Qualität u. flotten Formen nur **3800**
Cheviot-Kleider reine Wolle mit Tresse und farbigem Wollstoff garniert auch in Backfisch-Größen . . . nur **1950**
Damen-Kleider reine Wolle in blau und grünem Cheviot, herrliche Ausführung, auch in Backfisch-Größen nur **2200**
Zephir-Blusen alle Größen in schönen Streifen und guter Qualität nur **580**
Seiden-Trikot-Jumper in allen Farb. u. aparter Sticker, garniert nur **980**

Damen-Röcke aus reinwolln. Cheviot mit Knöpfen u. Tresse garniert nur **680**
Damen-Röcke reine Wolle in eleg. Ausführung in verschied. Farben nur **950**
Damen-Strickwesten r. Wolle in neuesten Farben und Façons . . . nur **1750**
Damen-Jumper reine Wolle solide Farben und Façons 17,50 . . . nur **750**
Damen-Strickjacken r. Wolle lange Formen, wunderschöne Farben nur **1650**
Damen-Strickjacken r. Wolle in aparter Ausführung, herrl. Qualität nur **2800**

Frottée doppelt-breit in verschiedenen Farben besonders preiswert . . . Meter nur **2**
Mouseline 80 cm breit, gute wasch. echte Qualitäten in besonders großer Auswahl Meter 1,40 . . . nur **95**
Cheviot reinwollene schwere Ware 90 cm breit in allen Farben Meter nur **2**
Popeline 105 cm breit, reinwollene, feinsäidige Qualität in blau, lila, hellblau und weinrot . . . Meter nur **4**
Donegal 130 cm breit, für Kleider und Kostüme . . . Meter nur **3**
Seidenstoffe für Blusen in vielen Farben, weiche Qualität . . . Meter nur **3**

Besonders preiswert
Gummi-Mäntel für Herren und Damen, mit doppelten Cöperstoff und la. Gummierung . . . **2950**

Besonders preiswert
Linden. Cöper-Samt in schwarz, grün, braun, lila
 70 cm Cöper 950 55 cm Cöper 650 45 cm Velvet 350 **290**

Besonders preiswert
Herren-Hüte in guter Qualität und neuesten Formen
 850 650 550 390 **300**

M. Müller-Spangenberg

Knetsch & Weber
 Eisenhandlung / Cassel
 Fernsprecher 370 u. 2734

liefern zu billigsten Tagespreisen:

Bodenbearbeitungsgeräte
Pflugteile / Milchseparatoren
Haushaltsartikel u. Geräte
Baueisen, Träger u. Moniereisen
Ofen u. Herde
Werkzeuge bester Qualität!

Schafhalter!

Um den Schafhaltern die Verarbeitung der Wolle zu erleichtern hat mir eine **bedeutende Spinnerei u. Weberei** eine **Wollumtauschstelle** übertragen. Ich tausche zu Fabrikpreisen jederzeit die rühmlichst bekannten **Herren- und Damenstoffe** Decken und Strumpfgarne gegen Schafwolle um.

M. Müller, Spangenberg

Maschinen-Dele / Zylinder-Dele
Maschinenfett / Wagenfett
Treibriemen
und Dichtungsmaterialien

jeder Art liefern seit über 25 Jahren in bekannnten Qualitäten

Tröster & Neuhaus
 Del.-Import-Maschinenbedarf
 Bahnhofstr. Nr. 17 :: Fernruf Nr. 973
Cassel

Inserate für die Sonntags-Nummer bis Freitag vorm. erbeten

Abteilung Möbel

Durch günstigen Einkauf habe ich zu besonders billigen Preisen abzugeben:
Schlafzimmer * Herrenzimmer * Betten * Vertiko * Küchen u. Kleiderschränke
Zugtische * Sofa * Stühle etc.

Abteilung Manufakturwaren

Frühjahrsmäntel, Covercoat, Herrenanzüge, Konfirmandenanzüge, Kleiderstoffe
Boile, Donegal neue Form, von 37,50 bis **15 Mk.**, **Wäsche-Arbeitsanzüge** in blau und gestreift sowie alle Stückwaren zu billigsten Preisen

Abteilung Nähmaschinen

Nähmaschinen in großer Auswahl für Hand- und Fußbetrieb
 Teilzahlung gestattet.

Meier Goldschmidt / Spangenberg

Telefon 35 Telefon 35

Große neue Sendung
Weißer Bettfedern

Bettbarchent * Bettzeuge * Bettkaffune
80, 140 u. 150 cm breit 80, 140 u. 150 cm br. 80¹/₂ u. 140 cm breit
Bettstellen * Auflegematrizen * Stahlmatrizen
Großes Lager in Nähmaschinen!
H. LEVISOHN * SPANENBERG

Telefon 28

J. S. Herbold, Spangenberg

Landwirtschaftliche Maschinenhandlung

Fernsprecher Nr. 33

Liefert zu billigsten Tagespreisen und in großer Auswahl
Bodenbearbeitungsgeräte



Sämaschinen

sowie sämtliche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte

T-Träger / Stabeisen / Hufeisen / Pflugscharen

Fahrräder

Großes Lager in

**Herden
Defen**

Nähmaschinen



Nutzholz-Verkauf

der Gemeinde Elbersdorf

Am Mittwoch den 19. März 1924 von nachmittags 3 Uhr ab werden in der Gastwirtschaft von Georg Siming in Elbersdorf folgende Nuthölzer öffentlich meistbietend versteigert, etwa:

- 29 Eichenstämme mit 9 Festmeter
- 12 Rmtr. Eichen, Nutzscheit u. Knüppel
- 9 Buchenstämme mit 11 Festmeter
- 29 Nadelholzstämme mit 20 Festmtr.
- 20 Rmtr. Nadelholz, Nutzholz u. Knüppel.

Auskunft über die Beschaffenheit des Holzes durch den Hilfsförster Bämmert in Spangenberg.

Einige jüngere

Mädchen

sofort gesucht

**Schneider
Peitschenfabrik Elbersdorf.**

**Blunk's Privat-
Handelsschule**
Cassel

Hohenzollernstraße 26
Fernruf 1006 u. 4888

Beginn des
Sommer-Halbjahrs

Anfang April.

Werbeschrift (Prosp.), Anmeldungen
usw. durch das Kontor. — Tages-
und Abendkurse, Sonderkurse.

**Heinz Schönwald
Idel Schönwald**

geb. Kühn

Vermählte

CASSEL

15. März 1924

Josef Diel

Cassel :: Wilhelmstrasse 21

*
Bestempfohlenes Geschäft

für
Uhren, Gold- und Silberwaren

Trauringe .: Bestecke

Amtlicher Teil

Vergebung der Fahren

(Brennholz, Kohlen usw.) für Stadt und Gesamtschulverband im Rechnungsjahr 1924, Mittwoch, den 19. März mittags 12 Uhr im Rathaus.

Spangenberg, den 1. 3. 24

Der Bürgermeister

Schier.

Schulverbands-Vorsitzender

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 16. März 1924.

Reminiscere

Gottesdienst in:

Spangenberg:

Vormittags 10 Uhr: Metropolitan Schmitt.

Elbersdorf:

Nachmittags 1 Uhr: Metropolitan

Schnellrode:

Vormittags 10 Uhr: Lesegottesdienst.

Anzeige
Druck
Nr
Hol
In de
großer Sp
verständnis
angelündi
Regelung,
ter Bedeut
achten r
hineinplat
ziehen heu
den bevor
weniger,
den Wahl
hofft inde
Loyalität
wird, die
im Wahl
Für
dringende
weiß woh
parations
aber man
müdung
probleme
den betrie
man deut
züglich
Streife
tage, in d
ausgepro
fien Jahr
geld für
diesem W
hnen Auf
weniger
gebiet in
zen" da
niffen de
reich und
samte deu
das ganz
Opfern a
des Ruhe
legen G
drücken.
Wen
Stellen d
geneigt is
lichten, a
die wir t
und dem
verständi
Leistungs
werden E
fügungst
Aufgebi
sch unter
wärtigen
seitigen,
nalen Er
drängen.
Reich au
um die G
abhängig
Sachverh
wie die Z
richtung
wird dab
sowie die
wird sich
entschiede
den, daß